

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nummer 5382 des amtlichen Zeitungs-Bezugslistes.

Für die Redaktion verantwortlich J. v. Albert Seeling in Halle. [Brennspendverbindung mit Berlin und Leipzig.]

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalkthal.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

werden die Spalte oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet und bei 10 Pf. Anzeigen, wenn diese in den ersten Nummern der Expeditionen angenommen. Willkommen die Seite 60 Pf.

Erhalten täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

(Der Abonnent unserer eigenen Anstalt ist nur mit voller Lucretienangeberechtigt.)

Nr. 17.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 21. Januar

1891.

Deutsches Reich.

Berlin, 19. Jan. Der Kaiser unternahm heute vormittag schon 8 1/2 Uhr eine Ausfahrt von Königlichem Schloß nach dem Tiergarten und in den dortigen Anlagen eine Promenade, hörte alsdann später den Vortrag des Staatssekretärs des Auswärtigen Herrn v. Marihall und arbeitete demnach mit dem Reichs-Gesamten Rath Dr. v. Bennigsen. Dieser wies dem Kaiser, mit dem Prinzen und der Prinzessin, im Hinblick der Woche der zum Gedächtnis an den Seligen der Kaiserin Elisabeth und Friedrich III. in der Kapuzinerstraße erbauten Friedenskirche bei. — Dem Magistrat ist folgendes Dankschreiben der Kaiserin ausgegangen:

Dankbaren und froh bewegten Gemüths blide ich auf das verfloßene Jahr zurück, in dem Gottes Güte die mir theuren Güter erhielt, und neues Glück hängte. Die warme Antheilnahme des Magistrats der Haupt- und Residenzstadt Berlin wie die freundschaftlichen Wünsche für das begonnene Jahr haben meinem Herzen wohlgethan. Wenn die Fürsorge, die ich den kirchlichen Interessen der Stadt Berlin gewidmet habe, nicht ohne fruchtlichen Erfolg geblieben ist, so verdanke ich das neben zahllosen andern Wohlthätigen Göttern auch dem opferwilligen Entgegenkommen des Magistrats, dessen thätige Unterstützung, — so vertraue ich — auch ferner dem begonnenen Werke nicht fehlen wird. Den Magistrat verleihe ich gern Meiner steten Theilnahme an der weiteren geistlichen Entwicklung des großen Gemeinwesens, wie Meines besonderen Interesses an den vielen Wohlthätigkeits-Einrichtungen für Arme und Hilfsbedürftige.

Berlin, 17. Jan. 1891.

ges. Auguste Viktoria, Kaiserin und Königin.

— Aus Wien wird gemeldet, am 25. d. werde sich Erzherzog Eugen in Vertretung des Kaisers nach Berlin begeben, um der Taufe des jüngsten Sohnes des Kaiserlichen Paares beizuwohnen. — Bei dem seitigen Orbenstift sei der übliche Umbau des Kaiser's neu. — Sr. Maj. blieb nach der Zeit in dem an den Mittelrath angehängten Gemach, sprach hier allerdings mit verschiedenen Personen, aber der große Cerule wurde nicht gemacht und zwar, wie die „Post“ erzählt, infolge einer Insubordination des Kaisers, die dem Kaiser Schöningh im Gespräch anlegte und ihn nötigte, auf den herkömmlichen Schluß des Festes zu verzichten.

□ **Berlin, 19. Jan.** Wie erst nachträglich bekannt wird, ist es Thatsache, daß dem Kaiser schon im November das Gerücht hinterbracht worden war, Hofprediger Schöcker würde den befohlenen Aufstellungen über seine Vermögenslage nicht genügen. Man scheint solchen Gerücht auch sofort Glauben geschenkt zu haben, obwohl, wie an dieser Stelle bereits konstatiert wurde, die peinlichen Durchforschungen auf ganz andere Quellen zurückzuführen waren. Daß der Kaiser selbst gegen Herrn Stöder eine tiefe Abneigung empfand, welche durch gewisse Vorge, aber außerordentlich stürmische Angriffe einer Herrn Stöder nahe stehenden Zeitung noch geboten wurde, wird ebenfalls glaubwürdig verhält. Jedenfalls haben also bei der Verabschiedung des Hofpredigers nicht bloß sachliche, sondern vorwiegend persönliche Momente mitgewirkt. Von der verbürgten Thatsache, daß derselbe von Anfang an den betr. Anstrengungen entgegengetreten ist, dürfte man sich übrigens an entscheidender Stelle vielleicht inzwischen überzeugen haben.

* Nach der „Magd. Z.“ ist es nicht unbemerkt geblieben, daß nach dem Festschluß, welches dem Kaiser vom Schwarzen Adlerorden folgte, der Kaiser eine längere Unterhaltung mit Herrn von Wittkammer hatte; es heißt, der Kaiser habe sich dabei eingehend über die Aufgaben des Reichstags und namentlich des Landtages ausgesprochen und besonders sich über die Samtgemeindeordnung verbreitet. In Abgeordnetenkreisen herrscht die Ansicht, daß es dem Kaiser darum zu thun war, die konervative Partei durch eines ihrer angelegentlichsten Mitglieder davon in Kenntniß zu setzen, einen wie hohen Werth er persönlich auf das Zustandekommen des Gesetzes lege. Man will annehmen, daß die Konterpartien sich der vielfachen an sie ergangenen Vorstellungen bezüglich ihrer Verständigung über die Vorlage unterworfen werden.

* Es wird den „M. B.“ bestätigt, daß der Kaiser bei dem Diner des Finanzministers sich Herrn v. Kardorff gegenüber in einer allerdings nicht Zweifel auslöschenden Weise gegen den Bimetallismus erklärt hat; die Worte jedoch, welche die „Magd. Z.“ Sr. Maj. in den Mund leste, seien nicht gesprochen worden. Es wird dabei hinzugefügt, daß der Kaiser vor bald zwei Jahren infolge verschiedener seitens Interessenten der Doppelwährung unternommener Schritte Gelegenheit nahm, sich eingehend über die Frage zu orientieren und die ablehnende Haltung, welcher Sr. Maj. den Kardorff'schen Ausführungen gegenüber Ausdruck verlieh, bestätigt nur die damals bereits in anderen Kreisen bekannt gewordenen Auffassungen des Kaisers über den Bimetallismus.

* Nachträglich wird noch eine Aeußerung des Kaisers bekannt, die er, der „Magd. Z.“ in Estetin am Tage der Eisenbahnfahrt gethan hat. Bei dem Essen auf dem Hofverhoflich der Oberverwaltung der vorigen Kaiserinmännlichkeit, Kommerzienrath Daker, und wollte namentlich der Kaiserinmännlichkeit dem Kaiser Dank sagen für das Interesse, welches er durch seine Hülfe aus neue für die künftige Reichsverwaltung bewirkt habe. Der Kaiser bemerkte diese Hülfe und kam dem Bedner zuvor, indem er sagte: „Lieber Kommerzienrath, lassen Sie das heute; ich möchte sonst antworten und wir sind gerade in so gemüthlicher Stimmung. Prost!“

* Bei dem großen Interesse, welches die Wiederbelebung der erledigten ständischen Stellen in Anspruch nimmt, sei, aber ohne weitere Wichtigkeit, nach der Krenzta. hier erwähnt, daß als künftiger Nachfolger für den Konstitutional-Präsidenten D. Hegel in erster Linie der Oberkonsistorialrath Schmidt (der weltliche Stellvertreter des Oberkonsistorialrathes) bezeichnet wird; auch der Name des Ober-Regierungsrats

Kammerherrn Grafen Andreas v. Bernstorff (vortragenden Rathes im Kultusministerium) wird genannt.

Nur eine Penarvigung hat — am Montag — die erste Lesung des preussischen Haushalts in Anspruch genommen. Sadtlich und nüchtern war die Gläubigkeit des Finanzministers Miquel gewesen; sachlich und nüchtern sprachen die Redner der einzelnen Parteien, denen Herr Miquel nachher die für die fremdliche Beurteilung seines ersten Etats dankte durfte. Die Uebersichtlichkeit der Aufstellung, die vorstichtig, nur, wo es sich um wissenschaftliche und künstlerische Zwecke wie auch um die Verbesserung der Beamtengehälter handelt, etwas zu weit getriebene Sparmaßnahme fand auf allen Seiten Anerkennung. Eine Debatte großen Stils wollte sich nicht aufspinnen; alles Interesse, das der Reichstag nicht abschreibt, gehört den großen Angelegenheiten. So war es denn auch einer der bemerkenswerthen Momente der Montags-Sitzung, als auf die Behauptung des fons. Grafen Kanitz, die Opposition gegen den Rathsgemeindeordnungsentwurf wolle gerade durch ihr Verhalten die Aemter der Minister, Herr Kanitz auch an dieser Stelle die konservativen Änderungsanträge als unannehmbar bezeichnete. Doch erklärte der Minister eine „Verständigung“ für keineswegs ausgeschlossen. Sonst verlief die Sitzung ziemlich interesselos. Herr Kiderer brachte die Frage der Quotifizierung auf Tapet, ohne aber beim Finanzminister Anhang zu finden; Herr Miquel stellte unter lebhaftem Beifall eine regere Fürsorge für die Entwicklung der Wasserstraßen in Aussicht, und die Polen Klagen über die Anweisungen und über die Thätigkeit der Anschließungscommission. Auch die heftigen Zollebatten aus dem Reichstage spanten noch ab und umher. Graf Limburg-Sturum trat gegen jede Ermäßigung der Kornzölle ein und polemisirte mit den hallischen Gründern der „Hamb. Nachr.“ gegen den deutsch-österreichischen Handelsvertrag, den Herr Windthorst sympathisch begrüßen will, wenn er auf die Schonung materieller Interessen gebührende Rücksicht nimmt. Nach Schluß der mehr als vierstündigen Debatte wurden die einzelnen Etatspositionen der Budgetcommission überwiegen und das Haus vertrat sich Johann bis zum Mittwoch, wo der Ministerial-Antrag betr. den Rückkommensienpel auf der Tagesordnung erscheinen wird. — Am Reichstag hat der Staatssekretär v. Boetticher gegeben, daß die Regierung ein Zukunftsrechtsgesetz vorbereite. Der Entwurf, privatrechtliche und gewerbepolizische Bestimmungen enthalte, könne vielleicht schon nach Dinstern dem Reichstag zugehen.

* Die Vorbereitungen zu dem gestrigen Reichstage vom Staatsminister v. Boetticher angefangenen Gelegenheitsführer die Bekämpfung der Trunksucht haben eine lange Zeit in Anspruch genommen. Am 26. Februar 1888 fand im Reichstage eine Verhandlung über eine Anzahl Petitionen statt, welche Maßnahmen zur Einschränkung und Verhütung der schädlichen Folgen des übermäßigen Genußes geistlicher Getränke in Vorschlag brachten. Die Petitionen wurden dem Reichstager als Material zur Gelehrung überwiegen. Der Bundesrat, an den dieser Beschluß ging, überwiegen das Material seinem Vorstehen. Daraufhin wurden folgende kommissarische Verhandlungen zwischen den verschiedenen Reichsstellen und den betreffenden Ministereingeleitet, um in Erwägung zu nehmen, was auf dem Gebiete der Bekämpfung der Trunksucht zu thun sei. Im Januar 1889 waren diese Verhandlungen zum Abschluß gekommen. Jedoch war die Herstellung eines einheitlichen Gesetzeswerks damals nicht, weil auch nach dem Bericht der Kommission die verschiedenen Wege zur Erreichung des Zieles sehr mannigfaltige waren. Es wurden denn auch noch einmal mit den einzelnen Bundesregierungen über den Gegenstand Verhandlungen eingeleitet. Nachdem auch diese zum Abschluß gelangt sind, ist es endlich möglich geworden, die Anstellung eines Gelehrten in Angriff zu nehmen. Derselbe wird sich, wie Dr. v. Boetticher bereits bestimmte, auf gewerbepolizischem und civilrechtlichem Gebiete bewegen und Strafverordnungen in Aussicht nehmen. Nachdem die Bundesregierungen vorher gehört worden sind, ist voranzuziehen, daß die Verhandlungen über den Entwurf im Bundesrat mit großen Schwierigkeiten nicht zu kämpfen haben werden.

* Die Einkommensteuercommission des Abgeordnetenhauses hat den ihr überwiegenen Gesetzentwurf durchberathen und mit der Frage des Abolitions in noch nicht völlig erledigt. Durch die neuen Steuerliche wird eine recht beträchtliche Vertheilung in der Vertheilung der Wohlhabendsten auf die erste, zweite und dritte Klasse herbeigeführt. Die Abolition erster und zweiter Klasse wird erheblich vermindert, die der dritten bedeutend vermehrt. Das Abolitionsrecht der Wohlhabendsten wird dadurch noch mehr vermindert. Durch die Abnahme eines füngsten Steuerfußes für die unteren Einkommen kann dieser Vertheilung des Wohlthats einigermassen entgegen gewirkt werden. Die Vorlage hatte für Einkommen unter 900 M. einen Steuerbetrag von 240 M. zu Grund gelegt. Die Kommission ist vorläufig in erster Lesung auf 3 M. erhöht. Die Frage ist aber damit noch nicht zur vollen Entscheidung gekommen.

* Die Budget-Commission erledigte gestern die Einnahmen des Postrats. Staatssekretär v. Stephan lehrte die Denunciation der Gebühren für den Fernverkehr für jetzt ab. Diese Sache sei noch in der Entwicklung. Gleichwohl aber konstatierte Herr v. Stephan, in Berlin allein fänden täglich 250,000 Geheirade statt; das Reich habe 53,000 Fernsprechstellen. Ebenfalls abgehend vertheilt sich Herr v. Stephan gegenüber den Petitionen wegen Ermäßigung der Telegraphengebühren für die Zeitungen. Er motivirte seine Beigerung damit, daß die Einnahme aus dem Zeitungs-Telegraphenverkehr nur 1,65 Proz. der Gesamteinnahmen betrage. Der Gedanke, daß eine Ermäßigung der hohen Gebühren diesen Prozentsatz erheblich erhöhen würde, sollen Herrn v. Stephan unthöbar zu sein. Der Staats-

sekretär behauptete auch, die Herabsetzung des Posttarifs von 6 auf 5 Pf. pro Wort würde einen Einnahmeverlust von 1,800,000 M. nach sich ziehen.

* Die Kommission für das Krankenversicherungsgesetz nahm gestern die Bestimmung an, wonach die Ortskrankenkassen das Krankengeld vom Tage der Erkrankung bis zum Tage, an dem der Kranke in die Heilanstalt eintritt, zu zahlen hat. Die Vorlage wollte die Zustimmung der Arbeiter und Arbeitgeber ab und machte die Beilegung der Meinungsverschiedenheiten davon abhängig, daß der gesetzlich vorgeschriebene Kreisverband den ein und einfallenden Betrag erreicht habe.

* Die Abstrafungskommission hat die Wahl des freimüthigen Abgeordneten v. Langen (Wahl) beantragt, um das Ergebnis von Erhebungen über schiedliche Wahlbeeinflussungen und politische Agitation der Kriegervereine abzuwarten.

* Die Oberverwalter der Abgeordnetenliste in nächster Zeit. Die Staatsregierung hat dem Bundesrat die Vorlage dem Vertheilung zuerst zugehen zu lassen, nicht entsprechen können, weil das Gesetz bis zu einem gewissen Grade als Finanzgesetz anzusehen sei und desshalb daher der Art. 62 der Verfassung Anwendung findet. Der Inhalt der Vorlage weicht von der des Vorjahres, soweit erichtlich, ab. Vilettel hängt damit die friedliche Gläubigkeit Herrn Dr. Windthorst's zusammen.

* Die Organisation der deutschen Schutztruppe in Ostafrika wird sich in dem Laufe der nächsten Monate, welchen der Staatssekretär im Auswärtigen Amt in der Budgetcommission des Reichstages geteilt hat. Man hatte bisher angenommen, daß dem Reichstage eine besondere Vorlage darüber zugehen werde; dies ist irtümlich, die Organisation wird auf dem Verwaltungsweg ausgeführt; gleichwohl erfolgt nur die Umbildung der Schutztruppe in eine kaiserliche Truppe; die besagliche Vorlage ist bekanntlich vom Bundesrat bereits angenommen.

* Die Mißbilligung von einer Erkrankung des Reichskommissars v. Wilmann scheint auf übertriebenen Gerüchten zu ruhen; dagegen wird die gehen von der „Times“ zunächst gebrachte Mitteilung von einem Marck v. Wilmann nach dem Kilmann'schen heute dem B. Ztg. aus Estetin bestätigt. Wilmann ist mit Rücksicht auf die in den Gebieten der dem Kilmann'schen führenden Karawanenstrafen unter den Eingeborenen ausgeübenden Unruhen bereits am 15. d. mit 10 Offizieren und 500 Mann in der Richtung nach dem Kilmann'schen aufgegeben. Eingehen dieser Nachricht merkt die Post. Z., daß Wilmann infolge seiner Erkrankung in Wafische abgerufen worden sei.

* Die jetzt mehrfach besprochene Noth unter den Weibern im Guleungebirge ist nicht neueren Datums, sondern besteht, wie auch kürzlich im Reichstag ausgesprochen wurde, bereits seit längerer Zeit; sie ist jedoch nicht immer gleich groß gewesen, sondern durch die Fortschritte der mechanischen Weberei in ihrer schnelleren Tempo geworden. Besonders ist sie bei getragenen, leicht durch staatl. Maßregeln, durch Zölle, Grenzverboten, Grenzüberzügen und Einfuhrverbote die notwendigen Lebensbedürfnisse der armen Webereibewohner so ungenügend geliefert worden. Seitdem wurde die Noth der Weiber von zwei Seiten zugleich gelindert: einmal durch die Vertheilung des Vertheilung infolge der immer härteren Konkurrenz der mechanischen Weberei und dann durch die ungenügende Vertheilung aller Lebensbedürfnisse. Wie wir erfahren, hat jetzt die aus 5 Mitgliedern bestehende Kommission der Weiber des Guleungebirges ein Nachtrag zur Petition vom 25. April an den Kaiser gestellt, in welchem hervorgehoben wird, daß seit jener Petition infolge des immer weiter um sich greifenden Mißstandes der Handweberei viele Weiber brotlos geworden sind. Diejenigen aber, welche angeblich noch Arbeit hätten, seien der größten Verdrüßung unterworfen. Während wir, so heißt es wörtlich, „bei dem damaligen Gesetzbau, den wir im Vergleich zu dem heutigen Reichsgesetz vernachlässigen, so daß die Weiber infolge des Weiber von 100 bis 120 Mark fertigen durften und wir dem wichtigsten einen Wochenlohn von 4 bis 5 Mark verdienen, und wir jetzt, zufolge Ueberfüllung der Lager bei unseren Fabrikanten, hervorgerufen durch gänzlich den Mangel an Arbeit für die Weiber, bis zu einer 14tägigen Arbeitslosigkeit verurtheilt worden, so daß sich durch diese Misstände unter Noth und durch die durch die Weiber infolge der verminderten Arbeit. Ein strenger Winter fügt uns infolge der hohen Kohlenpreise zur allernöthigsten Lebensnoth noch Frost und Kälte hinzu. Obwohl wir es dankbar anerkennen, daß die Landesbehörden bemüht sind, unsere Angelegenheiten zu wissen und Vorkehrungen zur Abhilfe des Nothstandes entgegen zu nehmen, so können wir uns doch in unserer trübseligen Lage nicht länger halten, wir müssen die Noth der Weiber infolge der öffentlichen Armenpflege anheimfallen, wenn nicht baldige Hilfe eintritt.“ — Aus diesen Worten spricht wirklich große Noth und nicht nur der preussische Staat, sondern auch das deutsche Reich haben die Verpflichtung, für die Noth Abhilfe zu schaffen, weil gerade staatl. und besonders staatl. Noth des Reichs es geworden sind, welche die Noth der nothwendigsten Bedürfnisse und dadurch die Noth der armen Weiber so hoch gelindert haben.

* Für das Bismarck-Denkmal will die Million immer noch nicht voll werden. Es sind bis jetzt 913,336 M. genommen.

* Auf die Eingabe des Reichs-Oberpräsidenten über die Wünsche der rheinischen Bergarbeiter hat der Minister v. Bülows zu antworten sich bereit erklärt, wobei derselbe erklärt, mehrere dieser Wünsche könnten nur durch Aufhebung der geltenden Umformung der reichsgesetzlichen Vorschriften erfüllt werden. Die gewünschten Neuerungen würden tief einschneiden in die bestehenden Reichs- und Landesgesetze. Der Minister verweist auf die vortragenden Gelegenheitsurtheile über die Abänderung der Gewerbeordnung, sowie auf das Gesetz, betreffend die Gewerbebetriebe, welches am 1. April 1891 in Kraft tritt. Durch die Gewerbebetriebe könnten die Bergarbeiter die Beschwerden bewerkstelligen lassen. Der Minister hofft, daß die Gewerbebetriebe den Bergarbeitern des Ruhrkohlenbezirks nicht weiter um sich greife und empfindet ein stieliches Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeiter.

